

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: "Matthias Wissmann" <matthias.wissmann@bundestag.de>

An: Manfred Feddern

Gesendet: Mittwoch, 21. August 2002 17:48

Betreff: Ihr Schreiben vom 17. Juli 2002

> Sehr geehrter Herr Feddern,

>

> das Büro der Bundestagsabgeordneten Ilse Aigner hat mich als Ihren

> Wahlkreisabgeordneten gebeten, Ihr Schreiben vom 17. Juli 2002 zu

> beantworten. Gerne komme ich dieser Bitte nach.

>

> Sie kritisieren die Besetzung der Expertenkommission des

> Bundesministeriums der Verteidigung zur Entschädigung der

> Radarstrahlenopfer. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt Ihre Kritik

> und hat dies auch im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages

> immer wieder betont. Eine Kommission, die aus vierzehn Mitglieder

> besteht, von denen 10 Mitglieder vom Bundesministerium der

> Verteidigung benannt werden, läßt keine unabhängige Expertenmeinung

> erwarten. Daran kann die Ernennung des Präsidenten der Bundesanstalt

> für Strahlenschutz zum Vorsitzenden dieser Kommission nichts ändern.

>

> Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich seit Bekanntwerden der

> Radarstrahlengefährdung im Verteidigungsausschuss für die

> Entschädigung der Bundeswehrangehörigen eingesetzt. Zunächst wurde im

> Verteidigungsausschuss eine Berichterstattungsgruppe für

> Radarstrahlenopfer eingesetzt, die über die Entschädigung beraten

> sollte. Der damalige Bundesminister der Verteidigung Rudolf Scharping

> hat sich vor diesem Gremium und auch in der Öffentlichkeit für eine

> Entschädigung ausgesprochen. Diese Aussage war aber anscheinend nur

> zur allgemeinen Beruhigung gedacht, denn bis jetzt ist noch keine

> Entscheidung gefallen. Das einzige, was die Berichterstattungsgruppe

> im Bundesministerium der Verteidigung erreichen konnte, war die

> Einsetzung eben dieser Expertenkommission. Die

> CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich für eine Finanzierung aus dem

> allgemeinen Haushalt ausgesprochen. In Betracht kommt allerdings auch

> die Einrichtung einer Stiftung.

>

> Es menschenverachtend und unwürdig, die Finanzierungsdebatte so in die

> Länge zu ziehen und aus wahltaktischen Überlegungen in einer

> Expertenkommission versanden zu lassen. Angehörige der Bundeswehr

> wurden während ihres Dienstes für die Bundesrepublik Deutschland

> geschädigt. Das mindeste, was die Staatsorgane nun für die Opfer tun

> können, ist die Zahlung einer angemessenen Entschädigung. Die

> körperlichen und seelischen Schäden der Betroffenen und ihrer

> Angehörigen können damit nicht behoben werden. Die

> CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diesen Vorgang auch in Zukunft nicht

> auf sich beruhen lassen.

>

> Ich spreche Ihnen und Ihrer Familie mein aufrichtiges Mitgefühl aus

> und wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute.

>

> Mit freundlichen Grüßen

>

> Matthias Wissmann

>